

nen sowie Quartiers- und Stadtentwicklung vertreten sein?

Drittens: Welche Aufgaben und Rechte wird der Beirat Überseestadt künftig haben?

Präsident Weber: Diese Frage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Heseler.

Staatsrat Dr. Heseler: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu Frage 1: Der Beirat wird im Frühjahr 2014 wieder tagen.

Zu Frage 2: Aus den Themen Bestandentwicklung, Wohnen, Kultur, Tourismus, soziale Infrastruktur, Bildung, Umwelt und Freiraum erwachsen neue Anforderungen an einen Beirat, die eine Neuausrichtung der Aufgaben und eine Anpassung der personellen Zusammensetzung und Arbeitsweisen erfordern. Aktuell werden Überlegungen zu einer Neukonzeptionierung und personellen Besetzung des Beirates angestellt, die diese entsprechende Neuausrichtung berücksichtigen. Die bisherigen Mitgliedergruppen sollen unter anderem um Vertreter der Senatsressorts Umwelt, Bau und Verkehr und Wirtschaft, Arbeit und Häfen, von Wohnungsunternehmen, neuen Unternehmen, der Kultur- und Kreativszene sowie der Tourismus- und Freizeitwirtschaft ergänzt werden.

Zu Frage 3: Gemäß Geschäftsordnung berät der Beirat die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat der WFB bei der Umsetzung der Entwicklungskonzeption zur Umstrukturierung der alten Hafenviertel rechts der Weser sowie aller weiteren die Neuordnung des Gebietes betreffenden Fragen durch Stellungnahmen und Empfehlungen. Er hat Beratungsfunktion, formuliert Empfehlungen und wird in Konzeptentwicklungen und Planungsprozesse eingebunden. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege Werner, haben Sie eine Zusatzfrage?

Abg. **Werner** (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, eine kurze, Herr Präsident! Herr Staatsrat, halten Sie es für sinnvoll, den Beirat vielleicht auch um Vertreter aus dem weiten Feld Soziales, Jugend und so weiter zu erweitern?

Staatsrat Dr. Heseler: Ja! Wir werden dies, glaube ich, auch berücksichtigen. Wir haben ja eine sehr breite Palette an Aufgaben, und man muss natürlich ein bisschen darauf achten, dass so ein Beirat nicht zu groß besetzt ist, damit er auch noch beraten kann, aber ich nehme die Anregung gerne auf.

Präsident Weber: Herr Kollege, eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Werner [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, vielen Dank!)

Präsident Weber: Herr Staatsrat, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die achte und damit letzte Anfrage in der Fragestunde steht unter dem Betreff **„Bezahlbares Wohnen in Findorff“**. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Werner, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege Werner!

Abg. **Werner** (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Herr Präsident! Wir fragen den Senat:

Erstens: Unterstützt der Senat Initiativen und Pläne für ein neues Kultur- und Sozialangebot an der Fürther Straße Nummer 43 finanziell, politisch oder durch andere Maßnahmen?

Zweitens: Welche Nutzungsinteressen und Nutzungsinteressentinnen und -interessenten sind dem Senat für diese Liegenschaft bekannt?

Drittens: Wie schätzt der Senat den Bedarf und die Möglichkeit zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und/oder Sozialwohnungen an diesem Standort ein?

Präsident Weber: Diese Frage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Linnert.

Bürgermeisterin Linnert: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu Frage 1: Aus dem Stadtteil heraus besteht die Idee, eine „Begegnungsstätte“ für Findorff auf dem Grundstück Fürther Straße 43 zu schaffen. Die Stadt ist nicht die Initiatorin des Entwicklungsprojektes, ist jedoch bereit, die Immobilie zu veräußern, um die zur Realisierung der Pläne erforderlichen Baumaßnahmen durchführen zu lassen. Derzeit wird das städtische Gebäude von der Polizei Findorff sowie einer privaten Wohnungsmieterin genutzt.

Zu Frage 2: Der Senator für Inneres und Sport benötigt dauerhaft einen Polizeistandort in Findorff und unterstützt die Zielrichtung, am Standort Fürther Straße 43 zu bleiben. Die Polizei benötigt außerdem aufgrund von Raumbedarf des Polizeipräsidiums kurzfristig und übergangsweise Büroflächen und prüft

hierbei auch vormals durch die Polizei genutzte Mietflächen im Gebäude.

Das Sozialressort hat jedoch Interesse an einer Zwischennutzung für die Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen angemeldet. Diese Zwischennutzung soll vorrangig realisiert werden. Weiterhin gibt es Interessenten und Interessentinnen für eine Nutzung für gemeinschaftliches Wohnen.

Zu Frage 3: Der Stadtteil Findorff bietet aufgrund seiner bestehenden dicht besiedelten Struktur nur noch wenige Möglichkeiten, neuen Wohnraum zu schaffen. Allerdings besteht durch den jeweiligen Bestand der Wohnungsbau- und Genossenschaftsunternehmen derzeit bereits ein Angebot an bezahlbarem Wohnraum. Ob es am Standort Fürther Straße zur Schaffung zusätzlichen Wohnraums kommen wird, hängt von den Entscheidungen über die künftigen Nutzungen an dieser Stelle ab. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege Werner, haben Sie eine Zusatzfrage?
Bürgermeisterin Linnert ff.

Abg. **Werner** (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, Herr Präsident! Frau Senatorin, Sie haben von Interessen aus dem Beirat gesprochen. Lässt sich das konkretisieren?

Bürgermeisterin Linnert: Aus dem Stadtteil?

(Abg. Werner [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, genau!)

Ja, das lässt sich konkretisieren, das haben Sie ja selber auch gefragt. Da ging es um die Frage, könnte man nicht da so etwas wie modernen Wohnungsbau schaffen mit einer Begegnungsstätte oder einem Bürgerhaus, was sofort erst einmal die Assoziation ausgelöst hat, dass jetzt der notleidende Kultursenator noch ein neues Bürgerhaus finanzieren soll. Das war aber nie gemeint, sondern da gab es einen Investor oder gibt es einen Investor, der die Idee hatte, dort für seine Mieterinnen und Mieter eine gemeinschaftlich genutzte Etage vor dem Hintergrund von Gemeinschaftswohnen anzubieten. Der Senat hat sich ja auch verpflichtet, alternatives Wohnen zu fördern, und insofern haben wir dafür, wenn jemand solche Ideen hat, auch Sympathie.

Präsident Weber: Herr Kollege, eine weitere Zusatzfrage?

Abg. **Werner** (Bündnis 90/Die Grünen): Ja! Wird der Senat so eine Einrichtung einer Begegnungsstätte, eines Mini-Bürgerhauses oder

was immer es dann sein mag, zum Ausschreibungskriterium machen?

Bürgermeisterin Linnert: Das wird in der Immobilienkommission Ende dieses Monats entschieden. Ich habe ja vorgetragen, dass es auch noch andere Ideen gibt, was man da machen könnte. Ich sage einmal, Ideen gibt es immer ganz viele, aber erst, wenn man sich dann daranmacht, mit einem Bleistift zu rechnen, was eigentlich geht, dann kommt die Wirklichkeit.

Hier ist es ja so, wie ich Ihnen vorgetragen habe, dass die Sozialsenatorin ihr Auge auf diese Liegenschaft geworfen hat, für jedenfalls übergangsweise Unterbringung von Flüchtlingen, und das wissen Sie ja, dass wir auch eine Struktur geschaffen haben und das auch inhaltlich so sehen, dass das Priorität besitzt. Die Immobilienkommission wird sich jetzt Ende des Monats Februar die gesamten Wünsche, auch die des Innensensors, ansehen, und dann wird eine Entscheidung darüber gefällt, für welchen Zweck dann, wenn es extern vergeben wird, natürlich eine Ausschreibung erfolgt.

Präsident Weber: Herr Kollege Werner, haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Werner [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, vielen Dank!)

Präsident Weber: Frau Bürgermeisterin, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Meine Damen und Herren, mit Beantwortung dieser Frage ist die Fragestunde beendet.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von der Abgeordneten Frau Vogt und Fraktion DIE LINKE folgendes Thema frist- und formgerecht eingebracht worden:

Planlosigkeit, verschleppte Sanierungen, Schließungspläne: Wie geht es mit den Bremer Bädern weiter?

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Mäurer.

Meine Damen und Herren, die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Tuncel, Fraktion DIE LINKE.